



## **Keine „Nacht-und-Nebel-Rodung“ in Berlin-Pankow: Erneut mehrmonatige Verzögerung bei umstrittener Flüchtlingsunterkunft?**

Das Bezirksamt reagiert auf Befürchtungen von Anwohnern und Umweltverbänden. Eine Entscheidung über den Bau der 99 Wohnungen steht an - doch die Zeit wird knapp für die Gesobau.

Von Christian Hönicke  
08.01.2025, 16:24 Uhr

Es wird keine „Nacht-und-Nebel-Rodung“ für den Bau der umstrittenen Geflüchtetenunterkunft in Berlin-Pankow geben. Das beteuert das Bezirksamt auf Tagesspiegel-Nachfrage - und kündigt weitere, umfassende „Prüfungen“ an. Der landeseigenen Gesobau droht nun eine abermalige Verzögerung des Bauprojekts um mehrere Monate.

Bald Showdown vor Gericht? Anwohner fürchten „Nacht-und-Nebel-Aktion“ im Streit um Berliner Flüchtlingsunterkunft

Die Gesobau will in den begrünten Höfen am Schlosspark Schönhausen zwei Gebäude mit 99 Wohnungen für 422 Menschen errichten. Deshalb ist die Rodung der Hinterhöfe an der Kavaliertstraße geplant – unter anderem sollen mehr als 60 Bäume den Neubauten weichen. Diese waren zunächst als reguläre Wohnhäuser geplant, nach dem Widerstand aus Anwohnerschaft und Pankower Lokalpolitik sollen sie nun per Sonderbaurecht als Geflüchtetenunterkünfte errichtet werden. Anwohner und Lokalpolitik schlugen als Kompromiss den Bau von nur etwa 70 Wohnungen durch Aufstockungen der bestehenden Gebäude vor. Dabei würden nur 14 Bäume gefällt. Gesobau und der Berliner Senat lehnen das ab.

Bereits vor einem Jahr wollte die Gesobau die Bäume und Sträucher in ihrer Wohnsiedlung kurzerhand beseitigen.

Damals hatte Pankows Umwelt- und Naturschutzamt diese Fällung noch untersagt: Geschützte Vogel- und Fledermausarten seien gefährdet – darunter der Große Abendsegler, die Zwergfledermaus, die Mückenfledermaus und die Breitflügelfledermaus.

Eine Entscheidung soll noch im Januar fallen

Nun will das Bezirksamt will die Rodungennach langer Prüfung wie berichtet doch genehmigen. Ein entsprechendes „abschließendes Schreiben“ an die Gesobau ist bereits vorbereitet. Dessen Quintessenz lautet: „Das Vorhaben wird naturschutzfachlich zugelassen.“

Die Umweltschutzverbände, insbesondere der Verein Naturfreunde Berlin, hatten dagegen Einspruch eingelegt. Uwe Hiksich von den Naturfreunden sieht die Maßnahmen zum Artenschutz (darunter Nistkästen und ein „Insektenhotel“) weiterhin als nicht ausreichend an: „Die naturschutzfachliche Situation im Grünen Kiez ist aktuell so, dass eine Fällung der Bäume und eine Zerstörung der Gehölze artenschutzrechtlich nicht zu vertreten ist und gegen bestehendes Recht verstößt.“

Die Naturfreunde Berlin fürchteten, dass Bezirk und Gesobau die Thematik unter Ausschluss der Öffentlichkeit beenden wollen. „Eine Zerstörung der Habitate durch eine Nacht-und-Nebel-Aktion darf es nicht geben“, forderte Hiksich.

Doch laut dem Pankower Bezirksamt soll es keine Hauruck-Aktion geben. Aktuell würden die Einwände der Verbände geprüft, teilt eine Sprecherin der zuständigen Bezirksstadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU) dazu mit. „Wenn die Prüfung abgeschlossen ist, wovon im Januar auszugehen ist, besteht die Möglichkeit von Seiten der Umwelt- und Naturschutzverbände oder des Vorhabenträgers, gegen die Entscheidung des Umwelt- und Naturschutzamtes vorzugehen.“

Doch selbst wenn das Prüfergebnis positiv für die Gesobau ausfalle, „kann nicht sofort die Beseitigung der betroffenen Vegetation erfolgen“, sagt die Sprecherin der Stadträtin. Die Artenschutz-Maßnahmen müssten vollständig „umgesetzt sein und vom Umwelt- und Naturschutzamt im Hinblick auf ihre Funktionsfähigkeit bestätigt werden“. Außerdem müssten etwa die Sträucher auf aktive Brutplätze untersucht werden: „Erst danach kann die Beseitigung erfolgen.“

Klagen angekündigt

Für den Fall einer Genehmigung der Rodungen haben Anwohner und Naturschützer bereits den Gang vor das Verwaltungsgericht Berlin angekündigt. „Wir sind in Alarmbereitschaft und reagieren sofort“, hatte Britta Krehl von der Anwohnerinitiative „Grüner Kiez Pankow“ unlängst erklärt. Auch diverse Umweltschutzverbände hätten sich schon auf einen baldigen Baustart eingestellt und seien „klagebereit“.

Man habe bereits einen Eilantrag vor dem Verwaltungsgericht Berlin vorbereitet, „um den Artenschutz im Grünen Kiez durchzusetzen“, bestätigte Hiksich. Ein solcher Antrag kann innerhalb eines Monats nach positivem Bescheid durch das Bezirksamt eingereicht werden.

Damit wird die Zeit für die Gesobau knapp. Das Bauvorhaben hat bereits ein Jahr Verzug - und es drohen weitere Monate des Stillstands, wenn die Rodung nicht bis Ende Februar durchgeführt werden kann. Denn dann beginnt die jährliche Schonfrist zur Vogelbrut – bis Oktober dürfen dann keine Sträucher und Bäume mehr angegangen werden.

Möglich wäre dies nur im Falle einer Sondergenehmigung durch den Bezirk. Doch diese ist nicht zu erwarten. Das Pankower Rechtsamt kam nach Prüfung zur Erkenntnis, dass für den geplanten Bau der Flüchtlingswohnungen keine Ausnahme während der Schonfrist gemacht werden könne.